

BUCHBESPRECHUNGEN

Vollbeschäftigung. Ergebnisse einer Arbeitstagung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Oberhausen. Bund-Verlag GmbH, Köln 1950.

Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften legt in zusammengefaßter Form die Ergebnisse einer Tagung vor, die im März d. J. in Oberhausen stattfand. Es handelt sich um eine gründliche Diskussion des riesenhaften Problemes unter den verschiedensten Gesichtspunkten und aus internationaler Perspektive.

Diskussion und Praxis der Planwirtschaft haben seit zwei Jahrzehnten eine unendliche Reihe von Büchern erzeugt, die theoretischen und praktischen Ergebnisse sind so umfassend, daß heute nicht nur eigene Zeitschriften über dieses Thema erscheinen, sondern auch spezielle Bibliographien. Das Material ist beinahe ebenso unübersehbar wie die praktischen Methoden.

Die jüngere Generation der englischen und amerikanischen Wissenschaftler hat zu den Fragen der Vollbeschäftigung viele fruchtbare Beiträge geliefert. Besonders erfreulich erscheint es deswegen, daß in dem Sammelbericht auch Vertreter jener Anschauungen in freier Diskussion zu Wort gekommen sind. Von unserem Erfahrungsstandpunkt aus möchten wir bedauern, daß auch diese Arbeit wieder nur einen Ausschnitt gibt. Im besonderen in den skandinavischen Ländern ist unter stärkster Mitarbeit der Gewerkschaften die wirtschaftliche Planung, deren soziales Ziel die Vollbeschäftigung ist, weitgehend praktisch gestaltet worden. In Schweden kam nach dem ersten Weltkrieg eine sozialdemokratische Regierung während einer großen Wirtschaftskrise zur Macht und war vom ersten Tage ihrer Tätigkeit an mit der Großaufgabe belastet, nicht nur konjunkturelle, sondern auch strukturelle Arbeitsmarktverhältnisse wesentlich zu verändern. Ähnliches ist nach dem zweiten Weltkrieg in den skandinavischen Staaten unter anderen Voraussetzungen wieder geschehen. Dabei ging es um rasch notwendige praktische Maßnahmen und um stufenweise steigende Einflußnahme und Gestaltung, ehe alle theoretischen Aspekte untersucht waren. Die Erfolge sind zweifelsfrei. So hat ja z. B. Schweden seit etwa zehn Jahren Vollbeschäftigung; die Sozialstruktur des Volkes verändert sich ständig mehr sichtbar als Resultat jener planenden Wirtschaftspolitik. Die theoretische Diskussion ist demnach unentbehrlich. Sie zeigt die vielen Perspektiven des Problems, aber sie benötigt auch die Resultatkontrolle der Praxis. Hierbei zeigen sich nicht nur die möglichen nationalen Varianten, sondern auch die erreichten Resultate, die mitunter anders aussehen, als die Theorie sie vorherig konstruieren konnte. Die verständlicherweise im Mittelpunkt solcher Erörterung stehenden englischen Erfahrungen sind nicht identisch z. B. mit den amerikanischen und den skandinavischen und noch weniger mit den russischen. Wünschenswert wäre, die praktischen Erfahrungen und eine Liste der Erfolge und der Mißerfolge aller einzelnen Maßnahmen, die zur Vollbeschäftigung praktisch bisher gedient haben und dienen, zu sammeln.

Das vorliegende Buch schließt mit einer interessanten Zusammenfassung von Dr. Rolf Wagenführ. Sie ist nicht nur ein Extrakt der geführten Debatten, sie ist vielmehr eine umfassende programmatische Darstellung der notwendigen Voraussetzungen für Vollbeschäftigung. Insoweit ist sie ein Idealprogramm, die Gestaltung in der Wirklichkeit hängt davon ab, wieviel kollektiver Wille sich in den politischen Kraftfeldern sammelt. Auch dann werden noch viele Probleme offenbleiben, im besonderen die der Verwaltungs- und Steuerungsorgane planender Vollbeschäftigung. Auch auf diesem Gebiet hat sich gezeigt, daß der Wille des Gesetzgebers allein nicht ausreicht, um die beabsichtigten Ziele zu erreichen. Im übrigen hat die Praxis auch immer wieder gezeigt, wie sehr die Planung im einzelnen Lande durch seine internationalen wirtschaftlichen Beziehungen beeinflußt und begrenzt wird. Dr. Kurt Heinig

Dr. R. Nimptsch: „Produktive Flüchtlingshilfe der Gewerkschaften“.
Neue Organisationsmethoden für den Bau von 10.000 Wohnungen.
Bund-Verlag, Köln 1950, 96 S.

Mit dem Wohnungsbaugesetz vom 26. 4. 1950, das noch durch ein in Vorbereitung befindliches Baulandenteilungsgesetz ergänzt werden soll, hat die junge westdeutsche Bundesrepublik mit Erfolg den Kampf gegen eines der schwersten Hindernisse einer sozialen Gesundung nach dem Kriege aufgenommen: die Wohnungsnot. In dieser Situation verdient ein Versuch besondere Beachtung, über den Dr. R. Nimptsch in seiner soeben erschienenen Schrift berichtet.

Unter Zusammenfassung von Gewerkschaften, gemeinnützigen Wohnungsunternehmen, Konsumgenossenschaften und der Organisation der Heimatvertriebenen, also Verbänden, deren gemeinsame Tradition die solidarische Selbsthilfe der sozial Schwachen ist, wurde in Kiel unter Mitwirkung der Landesregierung im Herbst des Vorjahres eine „Arbeitsgemeinschaft für produktive Flüchtlingshilfe“ ins Leben gerufen, die sich mit dem Bau von Wohnungen die Eingliederung der Flüchtlinge in den Wirtschaftsprozeß zum Ziel gesetzt hat. Aus der Erkenntnis, daß die Lösung der Flüchtlingsfrage die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft unmittelbar angeht, zog der Deutsche Gewerkschaftsbund die Konsequenz mit der Ausarbeitung eines Projektes für den Bau von 10.000 Flüchtlingswohnungen, die vor allem dort errichtet werden sollen, wo Arbeitsplätze nicht besetzt werden konnten, weil Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlingsarbeiter fehlten. Der Gewerkschaftsbund übernahm es auch, die tragenden Kräfte für diesen Plan zu sammeln und die nicht geringen organisatorischen und finanziellen Widerstände überwinden zu helfen.

So gelang es, die gemeinnützigen Wohnungsunternehmen als Bauherren und Eigentümer der Flüchtlingswohnungen zu gewinnen und mit der Einschaltung der Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumgenossenschaften als Treuhänder für die zentrale Beschaffung von Bauelementen und mit der Anwendung neuartiger Bauweisen die Beschaffungs- und Baukosten wesentlich zu verringern. Mit durchschnittlich 7000 DM pro Wohnung lagen die reinen Baukosten um 18 v. H. unter denen, die zur gleichen Zeit und für Wohnungen gleicher Qualität in Schleswig-Holstein verzeichnet wurden.

Alles in allem: ein schönes Zeichen von solidarischer Selbsthilfe, Initiative und Verantwortungsbewußtsein; eine Tat, der man nur baldige Wiederholung und Gelingen auch in anderen Brennpunkten des Wohnungsbedarfs wünschen kann. ar.

Das DP-Problem. Eine Studie über die ausländischen Flüchtlinge in Deutschland. Herausgegeben vom Institut für Besatzungsfragen in Tübingen. Verlag I. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1950. 200 S.

Am 1. Juli 1950 ist die wirtschaftliche Fürsorge für 150.000 bis 200.000 noch in Westdeutschland verbliebene heimatlose Ausländer auf die deutsche Verwaltung übergegangen, während z. B. die Sorge für ihre Auswanderung vorläufig weiter der Internationalen Flüchtlingsorganisation (IRO) obliegt. Damit haben unsere Behörden eine ebenso wichtige wie schwierige Aufgabe übernommen, zu deren Beurteilung und Meisterung die Studie des Instituts für Besatzungsfragen einen willkommenen Beitrag liefert. Die Schrift enthält neben einem geschichtlichen Abriß der DP-Frage eine eingehende Übersicht über die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse dieses Personenkreises. Dabei fällt der große Anteil der sog. „gehobenen“ Berufe (Lehrer, Professoren, Ingenieure, Ärzte usw.) auf, eine Folge der Bevorzugung der Handarbeiter durch die Aufnahmeländer bei der Auswanderung. Die Schrift schließt mit einem Ausblick auf die künftige Entwicklung und ihre Probleme. Niemand, der sich mit diesen zu beschäftigen hat, wird an der Schrift vorübergehen können.

Die Darstellung verschweigt die großen Fehler nicht, die auf allen Seiten gemacht worden sind, um die Angelegenheit vom Standpunkt einer aufgeschlossenen und auf internationale und soziale Verständigung gerichteten Sozialpolitik heillos zu verfahren. Auf seiten der Besatzungsmächte wurde das Problem einseitig unter dem Gesichtspunkt der Wiedergutmachung der Verbrechen des Nationalsozialismus an seinen Opfern gesehen und dabei verkannt, daß diese Opfer ganz überwiegend 1945, spätestens 1946 in ihre Heimat zurückgekehrt, und die in Deutschland Verbliebenen, die eine solche Rückkehr ablehnten, zum ganz überwiegenden Teil zusammen mit den deutschen Truppen oder erst nach dem Kriege aus dem Osten geflüchtet sind. Sie waren also keine Verschleppten, sondern echte Flüchtlinge. Trotzdem erhielten sie in Deutschland gegenüber der eingesessenen Bevölkerung und erst recht gegenüber den deutschen Flüchtlingen eine rechtlich und wirtschaftlich bevorzugte Stellung, die zu einer scharfen Spannung zwischen ihnen und den Deutschen führen mußte, einer Spannung, die heute noch andauert und eine sachgemäße Regelung der gegenseitigen Beziehungen außerordentlich erschwert.

Tatsächlich handelt es sich heute um einen Ausschnitt aus dem weltumspannenden Flüchtlingsproblem, das nur in dessen Gesamtrahmen zu lösen ist. Weder ist es heute noch berechtigt, die deutschen Ostflüchtlinge schlechter zu behandeln als diese heimatlosen Ausländer, noch kann das verarmte Deutschland allein, weil es zufällig das Grenzland gegenüber dem Millionen von Menschen vertreibenden Osten bildet, die Last der Versorgung und Eingliederung dieser Massen tragen, zumal der Zustrom kaum vermindert weiter anhält.

Helmut Tormin